

Das EU-Schulprogramm

Um Kindern und Jugendlichen frische Milch, Obst und Gemüse schmackhaft zu machen, hat die Europäische Union zum Beginn des Schuljahres 2017/2018 das EU-Schulprogramm eingeführt. Dieses resultiert aus der Zusammenführung des bisherigen EU-Schulobst- und -gemüseprogramms mit dem EU-Schulmilchprogramm.

Die jährliche Finanzausstattung dieses neuen EU-Schulprogramms wurde um 20 Millionen Euro auf 250 Millionen Euro erhöht. Für die Abgabe von Schulmilch stellt die EU jährlich ein Budget von 100 Millionen Euro und für Schulobst und -gemüse jährlich 150 Millionen Euro zur Verfügung. Auf Deutschland entfallen im Schuljahr 2018/2019 davon für Schulobst und -gemüse 24,9 Millionen Euro und für Schulmilch 10,6 Millionen Euro. Verteilt werden die Mittel auf Basis der Anzahl der 6- bis 10-jährigen Kinder in den Mitgliedstaaten. Zielgruppe sind aber alle Kinder und Jugendlichen in Bildungseinrichtungen.

Das Programm im Schuljahr 2018/2019

Für die Länder wird eine Teilnahme am neuen Schulprogramm noch attraktiver: So entfällt für Obst und Gemüse künftig der Grundsatz der Kofinanzierung. Als Folge kann das Schulprogramm weiter ausgebaut werden. Mit Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen nehmen zwölf Bundesländer an der Schulobst- und -gemüsekomponente teil. Mit Schulmilch werden Kinder in 14 Bundesländern versorgt: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen.

Die Zusammenlegung des Schulobst- und -gemüseprogramms mit dem Schulmilchprogramm hat das Ziel, dass wieder mehr Kinder diese Lebensmittel verzehren. Über die tägliche Versorgung damit soll die Akzeptanz der Kinder für Obst, Gemüse und Milch erhöht und ihre Vorliebe dafür gefördert werden. Die begleitenden pädagogischen Maßnahmen wie Unterrichtseinheiten oder Bauernhofbesuche sollen den Kindern zudem landwirtschaftliche Erzeugung und eine breitere Palette an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nahe bringen. Darüber hinaus können sich die Kinder auch mit Fragen im weiteren Zusammenhang auseinandersetzen wie gesunde Ernährungsgewohnheiten, die Vermeidung von Lebensmittelabfällen, lokale Nahrungsmittelproduktionsketten oder ökologischer Landbau.

Die Länder setzen um

Um an dem Programm teilnehmen zu können, müssen die Mitgliedstaaten eine nationale oder regionale Strategie bei der EU-Kommission einreichen, in der sie darlegen, wie sie das Programm in den nächsten sechs Jahren ausgestalten werden. Die Strategie enthält Angaben über Budget, Zielgruppen, Zeitraum, förderungswürdige Produkte und die geplanten begleitenden pädagogischen Maßnahmen.